

Wahlprogramm 2016 für den Ortsbeirat 7

*die farb**e**chten*

DIE LINKE.

Ziele unserer Ortsbeiratsliste

Seit ihrer Gründung im Jahre 2000 haben sich **die farb-echten** immer verstanden als ein parteiunabhängiges bzw. parteiübergreifendes linkes Wählerbündnis im Ortsbezirk 7. Bei der Ortsbeiratswahl 2006 sind sie gemeinsam mit der WASG und der Linkspartei angetreten und haben zwei Sitze errungen. Nach dem Zusammenschluss zur Partei **DIE LINKE**, nennen wir uns **die farbechten / DIE LINKE**. Gemeinsam können wir besser unsere (und hoffentlich auch Ihre) Vorstellungen von einer alternativen Politik vertreten! Bei der Ortsbeiratswahl 2011 haben wir erneut zwei Sitze errungen. Viele unserer Kandidatinnen und Kandidaten waren früher bei den Grünen oder der

SPD aktiv und haben den Wandel dieser Parteien nicht mitgemacht, sodass sie sich außerhalb der traditionellen Parteien engagieren wollen. Wir haben eine unabhängige, kompetente und sachbezogene Politik im Ortsbeirat gemacht und wollen diese gerne fortsetzen. Wir wünschen uns, dass möglichst viele Menschen, die in den verschiedensten Initiativen im Ortsbezirk tätig sind, sich in unsere Wählergemeinschaft und in unsere Aktivitäten im Ortsbezirk einbringen.

Die folgenden Ziele sollen einige Grundlinien unserer Politik beschreiben. Sie beschränken sich auf Themen der Ortsbeiratsarbeit.

Demokratie und Menschenrechte

Auch in Rödelheim ist in den letzten Monaten eine große Anzahl von Flüchtlingen angekommen. Viele Menschen engagieren sich für deren Integration. Wir unterstützen dabei die Arbeit der Initiative „W.i.R. – Willkommen in Rödelheim“ und beteiligen uns an vielfältigen Aktivitäten. Im letzten Jahr wurden drei weitere Ortseingangsschilder mit dem Text „Rödelheim – Stadtteil gegen Rassismus“ aufgestellt. Zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern treten wir gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ein. Voraussetzung von Integration ist die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Prozessen. Das gut funktionierende Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen wollen wir auch in der Zukunft schützen. Die Religionsfreiheit ist im Grundgesetz festgeschrieben – als einzige der im Ortsbeirat vertretenen Parteien haben wir uns von Anfang an für dieses Grundrecht eingesetzt, das selbstverständlich für alle Glaubensrichtungen gleichermaßen gelten muss.

Wir fordern:

- Kommunales Wahlrecht für alle seit Jahren hier lebenden Migrantinnen und Migranten
- Akzeptable Wohnverhältnisse für alle Flüchtlinge in unserem Ortsbezirk.

- Dauerhaftes Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die mehrere Jahre hier gelebt haben – die Abschiebung von langjährigen Nachbarn und Mitschülerinnen und Mitschülern müssen ein Ende haben.

Die Erfahrungen der letzten Jahre im Ortsbeirat zeigen, dass der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten die Stadtteilparlamente nicht ernst nehmen – etliche Ortsbeirats-Anträge landeten im Papierkorb oder wurden auf die lange Bank geschoben. Dabei ist der Ortsbeirat ein basisnahes Gremium, das im direkten Kontakt mit der Bevölkerung deren Probleme und Wünsche aufnehmen kann. Daher fordern **die farbechten / DIE LINKE**.

- Mehr Rechte für die Ortsbeiräte einschließlich eines eigenen Budgets, das über die bisher zugestandenen Mini-Beträge für „Verschönerungen“ hinausgehen muss
- Wieder-Einführung von Ortsbeirats-Arbeitskreisen mit Beteiligung sachkompetenter Bürgerinnen und Bürger
- Einführung von dezentralen Bürgerbüros

In unserem Ortsbezirk gibt es zahlreiche Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Wir fordern die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Für ein gerechteres Frankfurt

Sowohl die rot-grüne, die schwarz-gelbe als auch die schwarz-rote Bundesregierung haben einen beispiellosen Sozialabbau betrieben. In der Folge nimmt auch in der reichen Stadt Frankfurt die Armut immer mehr zu. Die schwarz-grüne Stadtregierung verstärkt diesen Trend, indem sie in teure Prestigeprojekte investiert, anstatt die soziale Infrastruktur zu verbessern.

Die neoliberalen Ideologen fordern, dass jeder für sich selbst sorgen solle. Das Gegenteil ist nötig: Schwachen in der Gesellschaft muss geholfen werden, weil Arbeitslosigkeit, Krankheit und Armut jeden treffen können. Wenn in Frankfurt ein Teil der Bürgerinnen und Bürger ausgrenzt wird, müssen wir alle mit den Folgen dieser falschen Politik leben, die langfristig den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zerstört.

In unserer unmittelbaren Umgebung wird die Arbeitskraft von Menschen ausgebeutet, indem sie als sogenannte Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden, z. B. als Ortsdiener, in Schulen und in sozialen Einrichtungen. Nach einigen Monaten werden sie wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Durch die Privatisierung städtischer Einrichtungen werden diese der öffentlichen Kontrolle entzogen und an Gewinninteressen ausgerichtet. Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum! Denn die Verkaufserlöse bringen nur kurzfristig eine Entlastung der öffentlichen Haushalte, bedeuten langfristig aber Verluste für die Bürgerinnen und Bürger. Die Sicherung von Grundbedürfnissen – Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Wohnen, Mobilität – darf nicht dem Markt überlassen werden. Durch die „öffentlich-private Partnerschaft“ bei Bauprojekten werden große Geldbeträge der parlamentarischen Kontrolle entzogen, und das für mehrere Jahrzehnte mit unkalkulierbaren Risiken.

die farbechten / DIE LINKE. fordern:

- Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse
- Ausbau der sozialen Infrastruktur
- Keine weiteren Privatisierungen, Rekommunalisierung privatisierter städtischer Betriebe
- Keine „öffentlich-private Partnerschaft“

Wohnen und Stadtteilentwicklung

Der Bestand an Sozialwohnungen nimmt ständig ab. Die städtische Wohnungsgesellschaft ABG baut fast nur noch teure Mietwohnungen und hat z. B. in der Heinrich-Lübke-Siedlung damit begonnen, Sozialwohnungen in preisungebundene Wohnungen umzuwandeln. Dies bedeutet für einkommensschwächere Haushalte, dass sie in Frankfurt keine preiswerten Wohnungen mehr finden können.

Anstatt durch die Vertreibung bisheriger Mieterinnen und Mieter die soziale Zusammensetzung der Siedlungsgebiete zu verändern, setzen wir uns dafür ein, durch die Verbesserung des jeweiligen Wohnumfeldes, die Förderung von Bewohnerinitiativen und die Schaffung von sozialen Einrichtungen ein Klima zu schaffen, das ein nachbarschaftliches Zusammenleben fördert und Ausgrenzungstendenzen verhindert.

die farbechten / DIE LINKE. fordern:

- Erhalt vorhandener Sozialwohnungen
- Neubau von Sozialwohnungen entsprechend dem Bedarf
- Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbots für Wohnungen
- Förderung von seniorenrechten Wohnungen und generationenübergreifenden Wohnprojekten
- Erhalt bestehender Wohnprojekte (z. B. in der Au) und Förderung neuer Projekte alternativer Wohn- und Lebensformen für junge Erwachsene

Die Stadtteile wurden bisher zugunsten der City vernachlässigt. Teile der alten Ortskerne wurden dem Abriss preisgegeben, so wie in der Assenheimer Straße geschehen. Die letzten Reste alter Strukturen und preiswerten Wohnraums dürfen nicht auch noch verschwinden. Ganze Stadtteile (z. B. Westhausen) haben keine Geschäfte mehr, eine Nahversorgung ist nicht mehr möglich. Die Ortskerne veröden oder werden durch Spielhallen belastet.

Die Stadt fördert mit ihren Bebauungsplänen (wie im Industriebhof und südlich der Rödelheimer Landstraße) die Vertreibung des dort angesiedelten Kleingewerbes.

Wir fordern:

- Die Erhaltungssatzungen müssen angewendet werden
- Erstellung eines Bebauungsplans für den Ortskern von Praunheim
- Sicherstellung der Nahversorgung statt neuer Großmärkte auf der grünen Wiese, Wochenmärkte (z. B. auf der Bahnhofs-Westseite nach Abschluss der dortigen Bauarbeiten in Rödelheim)
- Aufwertung der Einkaufsstraßen (z. B. Radilostraße und Lorscher Straße) durch eine fußgängerfreundliche Umgestaltung
- Aufhebung der Trennung von Wohnen und Arbeiten in Neubaugebieten anstelle toter Bürostädte und Schlafgettos
- Keine Vertreibung von Kleingewerbe zugunsten von noch mehr Büroflächen

Kinder und Jugendliche

Für Kinder und Jugendliche gilt es weiterhin, neue Freiräume zu schaffen und vorhandene zu erhalten. Dabei werden wir wie bisher Initiativgruppen unterstützen.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche sind mangelhaft. In unserem Ortsbezirk gibt es einen, durch Magistratsberichte bestätigten, großen Mangel an Betreuungsplätzen. Es fehlen vor allem Krippenplätze und Hortplätze. Viele Jugendliche stehen buchstäblich auf der Straße, vor allem in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus.

In unserem Bildungssystem werden die Kinder durch eine frühe Aussortierung getrennt. In allen anderen europäischen Ländern lernen die Schüler länger gemeinsam und erzielen oft bessere Bildungsergebnisse. Solange das Land Hessen daran nichts ändern will, müssen zusätzliche Fördermöglichkeiten, insbesondere an den Hauptschulen, geschaffen werden. Auch die Aussortierung von Kindern mit Behinderung in sogenannte Förderschulen verstößt gegen europäisches Recht.

An den Schulen besteht ein skandalöser Rückstau an Bauunterhaltungs- und Sanierungs-Maßnahmen, und die privatisierte Schulreinigung hinterlässt verdreckte Klassen und Toiletten. Die Gelder für die Ausstattung und den Betrieb der Schulen sind so gering, dass private Sponso-

ren gesucht werden müssen, um den Unterrichtsbetrieb aufrecht zu erhalten. Die schwarz-grüne Mehrheit gibt den Kindern und ihrer Bildung eine zu geringe Priorität. Bildung entscheidet über die Zukunft der Kinder und der Gesellschaft – sie darf deshalb nicht zum Bittstellertum verkommen und von Spendern abhängig sein.

In den letzten Jahren wurden aus Kostengründen immer mehr Spielplätze abgebaut.

die farbechten / DIE LINKE. fordern:

- Ausbau der Kinderkrippen und der Horte entsprechend dem Bedarf
- Schaffung von wohnortnahen Jugendeinrichtungen
- Längeres gemeinsames Lernen
- Ausbau der Schulsozialarbeit
- Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen
- ausreichende Mittel für den Unterhalt und die Ausstattung der Schulen
- Schulreinigung wieder durch städtische Angestellte
- Einrichtung neuer Spielplätze, auch für ältere Kinder
- Anlegen einer Eisfläche im Winter zum Schlittschuhlaufen, z. B. auf einer geeigneten Wiese.

Verkehr

die farbechten / DIE LINKE. werden ihre Verkehrspolitik im Ortsbeirat 7 kontinuierlich weiterführen: Vorrang für Fußgänger und Radfahrer, Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr, Vorrang der Anwohner beim ruhenden Individualverkehr! Bei allen Planungen müssen die Bedürfnisse der schwächeren Verkehrsteilnehmer im Vordergrund stehen.

Trotz anders lautender Absichtserklärungen wird vom Magistrat immer noch der Autoverkehr bevorzugt – siehe den Straßenbau am Fischstein und den geplanten vierspurigen Ausbau der Westerbachstraße.

Die Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr in Frankfurt sind mit die höchsten in Deutschland, was die notwendige Reduktion des Autoverkehrs behindert.

Beim Fahrradverkehr ist die Öffnung der Einbahnstraßen im Gegenverkehr weitgehend erfolgt. Die fahrradfeindliche Ortsbeiratsmehrheit hat allerdings durchgesetzt, dass einzelne Straßen ausgenommen wurden. Dies wollen wir ändern.

Die Beschleunigung des öffentlichen Nahverkehrs wurde vom Magistrat nach der Umsetzung bei der Line 34 eingestellt. Die Fahrgäste müssen weiter den Autos den Vorrang lassen. Und Fußgänger müssen an Ampeln ewig auf Grün warten.

Den Bau der Umgehungsstraße Praunheim mitsamt der Untertunnelung der Internationalen Schule lehnen wir nach wie vor ab – es gibt Alternativen: Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Verkehrsberuhigung in Praunheim.

Wir fordern:

- Stopp der Straßenbauprojekte
- Halbierung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr
- Ausbau des Schienennetzes (Verlängerung der U7 nach Praunheim und der U6 nach Steinbach, Bau der Regionaltangente West)
- Erweiterung des Busnetzes (z. B. zur Erschließung des Industriehofes)
- Ausbau des Fahrradwegenetzes, Einrichtung von Fahrradstationen wie z. B. in Lyon und Hamburg
- Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs an allen Ampeln, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen
- Einführung von Parkplaketten für Anwohner in Gebieten mit hohem Pendler-Parkdruck (z. B. am Bahnhof Rödelheim).

Ökologie

Die verbliebenen Freiflächen und Trinkwasserschutzgebiete müssen vor weiterer Bebauung geschützt werden. Die von der Stadt betriebene Ausweisung neuer Gewerbegebiete in Rödelheim (Lorscher Straße) und Praunheim (Heerstraße über das vorhandene Gewerbegebiet hinaus) lehnen wir ab, da es genügend Leerstände auf existierenden Gewerbeflächen gibt.

Die Nidda mit ihren Altarmen, die Parks und die großen Freiflächen sind ein einzigartiges Naherholungsgebiet, das es zu erhalten gilt. Pflege und Unterhalt werden aber vernachlässigt oder unqualifiziert durchgeführt.

die farbechten / DIE LINKE. fordern:

- genügend Gelder für das Grünflächenamt
- Rekommunalisierung der Arbeit im Grünbereich, um qualifizierte Pflege sicherzustellen
- geregelte Müllentsorgung, Abfallkörbe mit Deckel, Tütenautomaten für Hundekot, etc.

Insbesondere im Bereich der Altarme (Beispiel: Hausener Auwald) haben wir eine für die Großstadt einzigartige Artenvielfalt. Flora und Fauna müssen geschützt und erhalten werden. Wir fordern:

- naturnahe Pflege statt Abholzaktionen zur Kostensenkung
- Nidda-Renaturierung und Altarmsanierung
- Wiederbelebung des Steinbachs und Renaturierung des Westerbachs

Wir machen uns stark für die Entwicklung einer Umweltpädagogik, die Naturschützer, Schulen, Kinder, Jugendli-

che und Erwachsene miteinander vernetzt.

Dazu haben wir einige Ideen:

- Erarbeiten von Stelltafeln oder Broschüren über Tiere und Pflanzen rund um die Nidda
- Kontrollieren und Verbessern der Wasserqualität, Schilfanpflanzung etc.: aktiver Chemie- und Biologie-Unterricht für ältere Schüler
- Stege anlegen zur gefahrlosen Entnahme von Wasserproben oder zur Tierbeobachtung
- Errichten einer Umweltlernstation
- Informieren über die Zusammenhänge von Wasser, Erde, Luft und Klima; Warum kann man in der Nidda nicht mehr baden?

Durch Energiesparmaßnahmen und die Förderung der alternativen Energien kann ein Beitrag zur Vermeidung der globalen Klimakatastrophe und zur Verringerung der Umweltbelastungen geleistet werden. Im Ortsbezirk muss vor allem die Energieverschwendung in den städtischen Gebäuden und Einrichtungen reduziert werden. Die Dächer sollen für Solaranlagen genutzt werden.

Wir treten ein für den Schutz der Bevölkerung vor Luftverschmutzung, Feinstaub und Lärm. Dies kann vor allem durch die Verkehrspolitik (siehe Abschnitt Verkehr) erreicht werden. Wir fordern:

- Tempolimit von 80 km/h auf allen Autobahnen in der Nähe von Wohngebieten
- Verringerung der Lärmbelastung von Westhausen durch die Einhausung der Autobahn, wie sie im Osten Frankfurts diskutiert wird.
- Verzicht auf Laubbläser

Kultur und Freizeit

Die Förderung kultureller Angebote in Frankfurt ist überwiegend auf das Stadtzentrum konzentriert (Schauspiel und Oper, Alte Oper, Museumsufer etc.). Kultur muss aber auch da stattfinden und gefördert werden, wo die Menschen wohnen.

In unserem Ortsbezirk gibt es kein Bürgerhaus; der einzige Bürgertreff in Westhausen wurde geschlossen. Wegen der rückläufigen Einnahmen der Kirchen stehen auch die Säle der Kirchengemeinden zur Disposition. Wir fordern, dass die Stadt sich finanziell engagiert, um diese Räume zum Nutzen der Allgemeinheit zu erhalten. Insbesondere das Gemeindehaus in der Alexanderstraße wird dringend benötigt, da es keinen anderen vergleichbaren

Saal in Rödelheim gibt, der für kulturelle und Familienveranstaltungen nutzbar wäre. In Westhausen gäbe es nach der Aufgabe des Gemeindehauses keinen einzigen öffentlichen Raum.

Die Stadtteilbücherei in Rödelheim ist finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgabe auch erfüllen kann. Die Stadtteilbücherei soll außerdem noch mehr ein Ort für Kultur, Ausstellungen, Informationen, Diskussionen etc. werden. Die Finanzierung darf nicht nur auf den Förderverein abgewälzt werden.

Für die Bäder fordern wir die Wiedereinführung von Saisonkarten und einen günstigeren Eintritt für Familien mit Kindern.

Kontakt zu die farbechten / Die Linke.

Barbara David-Wehe, Eschborner Landstraße 121, 60489 Frankfurt, E-Mail: barbara_david@web.de

Inge Pauls, Schenckstraße 66, 60489 Frankfurt, E-Mail: inge.pauls@web.de

www.die-farbechten.de | www.die-linke-roedelheim.de